

Kurz berichtet

Strafverfahren nach Tod im Zeltlager eingestellt

RICKENBACH (lsw) - Knapp ein halbes Jahr nach dem Tod eines 15-Jährigen, der im Zeltlager im Schwarzwald von einem Baum erschlagen wurde, hat die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen eingestellt. Es habe kein strafrechtlich relevantes Fehlverhalten festgestellt werden können, teilte die Behörde in Waldshut-Tiengen (Kreis Waldshut) am Mittwoch mit. Den Betreuern des Zeltlagers bei Rickenbach könne kein Vorwurf gemacht werden.



Auf diesem Zeltlager-Gelände wurde ein Jugendlicher von einem Baum erschlagen. FOTO: DPA

Das Unglück hatte sich Anfang August vergangenen Jahres ereignet. Ein Baum war durch einen Gewittersturm auf ein Zelt gestürzt, in dem sich mehrere Jugendliche aufhielten. Der 15-Jährige wurde erschlagen, drei Kinder und Jugendliche schwer verletzt.

Mit dem Unglück habe niemand rechnen können, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Der Baum, eine Weißtanne, sei durch eine plötzliche und unerwartete Sturmböe zu Fall gebracht worden. Diese Gefahr habe sich nicht abgezeichnet, eine konkrete Sturmwarnung habe es nicht gegeben. Den Betreuern könne kein Vorwurf gemacht werden.

Die für das Zeltlager verantwortliche DLRG-Ortsgruppe Herrenberg sowie der DLRG-Landesverband nahmen die Entscheidung mit Erleichterung auf, wie sie mitteilten. „Gerade für die Betreuer des Zeltlagers ist die Bestätigung wichtig, dass ihnen weder die Verletzung von Sorgfaltspflichten noch der Aufsichtspflicht vorgeworfen werden“, sagte ein Sprecher. Die Betroffenheit über das Unglück sei aber weiter groß.

Gymnasium bleibt die beliebteste Schulart

STUTTGART (lsw) - In Baden-Württemberg ist das Gymnasium weiter die beliebteste Schulart – die Gemeinschaftsschule hat indes an Zuspruch eingebüßt. Das zeigen die Übergangskontrollen von der Grundschule auf weiterführende Schulen im Herbst 2017, die das Kultusministerium am Mittwoch veröffentlichte. Von den 91.000 Viertklässlern wechselten die meisten auf ein Gymnasium – 44,2 Prozent. Das entspricht einem Anstieg von 0,4 Prozentpunkten. Auch die Realschulen haben um 0,5 Prozentpunkte zugelegt und 34,2 Prozent der Viertklässler gewonnen. Die Übergangquote zu Gemeinschaftsschulen lag um 0,9 Prozentpunkte schlechter als im Vorjahr bei 12,5 Prozent. Auch bei den Werkreal- und Hauptschulen setzte sich der rückläufige Trend fort: 5,7 Prozent der Viertklässler wechselten dorthin. Um der Gemeinschaftsschule eine Perspektive zu geben, setzt Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) auf gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen – ab dem Herbst gibt es sie neu in Tübingen und Konstanz.

Alkoholmissbrauch bei Minderjährigen gestiegen

STUTTGART (lsw) - Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die wegen Alkoholmissbrauchs ins Krankenhaus eingewiesen wurden, steigt zum ersten Mal seit 2010 wieder. Auch beim Drogenkonsum sehen Experten des Statistischen Landesamtes eine steigende Tendenz, wie sie am Mittwoch mitteilten. In den Krankenhäusern im Land wurden nach jüngsten Zahlen aus dem Jahr 2016 demnach 2957 Mal 13- bis 19-Jährige behandelt, weil sie zu viel getrunken hatten. Das waren 45 Fälle mehr als im Vorjahr. Am stärksten betroffen war die Altersgruppe der 16-Jährigen. Bei Krankenhausaufenthalten wegen Drogenmissbrauchs sank die Zahl zwar um 200 auf 1258 Fälle. Dennoch zeichne sich seit 2010 ein eher steigender Trend ab, teilten die Statistiker mit.

SPD will Sonderermittler an Hochschule schicken

STUTTGART (lsw) - Die SPD will einen Ermittlungsbeauftragten an die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen im Zuge der sogenannten Zulagenaffäre vor Ort ernennen und diversen Vorwürfen nachgehen, die Zeugen im Landtags-Untersuchungsausschuss erhoben haben, berichtete die „Südwest Presse“. Eine Fraktionssprecherin bestätigte dies.

Jäger beklagen Hürden bei Wildschweinjagd

STUTTGART (lsw) - Einer massenhaften Tötung von Wildschweinen aus Angst vor der Afrikanischen Schweinepest sind aus Sicht des Landesjagdverbandes immer noch zu viele Grenzen gesetzt. Agrarminister Peter Hauk (CDU) habe sich nicht gegen die ebenfalls reichenden Grünen mit seinem Plan durchsetzen können, die Schonzeit für Wildschweine im März und April auszusetzen, beklagte Landesjägermeister Jörg Fiebigmann. Verbote oder eingeschränkt sei zudem die Jagd mitunter in Naturschutzgebieten – wo das Schwarzwild etwa in Schilfgebieten und Bruchwäldern Schutz suche.

Streit ums Wahlrecht geht weiter
Grüne und CDU wollen Thema heute besprechen – Interne Querelen in der Union

Von Katja Korf

STUTTGART - Soll das Landtagswahlrecht in Baden-Württemberg geändert werden? Nein, lautet die Antwort einer großen Mehrheit der CDU-Abgeordneten im Landtag. Das Votum vom Dienstag hat eine Koalitionskrise mit den Grünen ausgedöst. Die fordern weiter eine Reform, um mehr Frauen und Migranten ins Parlament zu holen. Am Tag danach zeichnete sich noch keine Lösung des Konflikts ab. Am Donnerstag nahmen die Spitzen der Regierungsparteien einen neuen Anlauf, um den Streit zu schlichten. Doch zuerst muss sich die CDU intern einigen.

Es ist eine spontane Äußerung, und sie bringt das Kernproblem der CDU auf den Punkt. „Aber wir sind uns doch einig“, antwortete eine Unions-Abgeordnete auf die Frage, warum die CDU sich streite. Sie meint: die Fraktion, also die Landtagsabgeordneten, sind sich einig. Dass der CDU-Landeschef Thomas Strobl und Teile der Partiführung anders denken als die Abgeordneten, das gilt nicht als interner Streit. Weil die Fraktion sich als Einheit betrachtet, nicht die CDU als Ganzes.

Die Parlamentarier wollen an geltenden Wahlrecht festhalten: Bürger haben eine Stimme, die den Wahlkreisabgeordneten ebenso bestimmt wie den Stimmenanteil seiner Partei. Eine Landesliste, um mehr Frauen, Migranten, Queereinsteiger ins Parlament zu bringen, lehnen sie ab. „Eine Liste gewährt der Partei viel Einfluss auf die Kandidaten, darunter leidet die Nähe zur Basis“, argumentiert der Aalener CDU-Mann Winfried Mack. Der Wangerner Unionsabgeordnete Raimund Haser betont: „Wir stehen hinter dem Ziel, dass der Landtag die Gesellschaft in ihrer Breite abbilden muss – mit mehr Frauen oder Migranten. Aber wir halten das Wahlrecht für das falsche Instrument.“

Die Parlamentarier wollen an geltenden Wahlrecht festhalten: Bürger haben eine Stimme, die den Wahlkreisabgeordneten ebenso bestimmt wie den Stimmenanteil seiner Partei. Eine Landesliste, um mehr Frauen, Migranten, Queereinsteiger ins Parlament zu bringen, lehnen sie ab. „Eine Liste gewährt der Partei viel Einfluss auf die Kandidaten, darunter leidet die Nähe zur Basis“, argumentiert der Aalener CDU-Mann Winfried Mack. Der Wangerner Unionsabgeordnete Raimund Haser betont: „Wir stehen hinter dem Ziel, dass der Landtag die Gesellschaft in ihrer Breite abbilden muss – mit mehr Frauen oder Migranten. Aber wir halten das Wahlrecht für das falsche Instrument.“

CDU-Minister warnen

In der Fraktionssitzung am Dienstag hatten sich alle 43 Abgeordneten zu Wort gemeldet. Dann ließ Fraktionschef Wolfgang Reinhart abstimmen. Da waren mehrere Parlamentarier bereits gegangen oder hatten den Saal kurz verlassen. Die Anwesenden votierten gegen eine Wahlrechtsreform. Verwirrung gab es um das exakte Ergebnis. Ein Fraktionssprecher sagte, es habe nur Zustimmung gegeben. Andere Teilnehmer berichteten von einer Enthaltung.

Inhaltlich war man sich weitgehend einig – das bewährte Einstimmensystem sei gut. Mehrere Redner weisen aber auf mögliche Konsequenzen eines Votums gegen eine Wahlrechtsreform hin. So warnten die Minister Peter Hauk und Nicole Hoffmeier-Kraut davor, die Koalitionsvereinbarung mit den Grünen zu brechen. Deren Fraktionschef Andreas Schwarz pocht auf die Einhaltung der Koalitionsvereinbarung. „Ich erwarte, dass die CDU zu einer verlässlichen Grundlage zurückkehrt“. In der Vereinbarung zwischen Grünen und CDU steht: Das Landtagswahlrecht soll geändert



Koalitionäre im Krisenmodus (von links): Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz, CDU-Landeschef und Innenminister Thomas Strobl, Staatsminister Klaus-Peter Murawski (Grüne) und Agrarminister Peter Hauk (CDU). FOTO: DPA

werden. Unterschrieben haben auch die damaligen Vertreter der Landtagsfraktion, Guido Wolf und Peter Hauk. Die CDU-Abgeordneten wurden während der Koalitionsverhandlung mit den Grünen laufend über den Stand informiert.

Parteichef Thomas Strobl hatte sich für eine Reform stark gemacht und steht bei der Frauen Union im Wort. Die fordert die Änderung seit Langem. Das Nein der CDU-Abge-

ordneten brüskiert Strobl. Allerdings bemängeln auch Unterstützer, dem Innenminister fehle es an Führungsstärke. Er setze sich nicht gegen Fraktionschef Reinhart durch und fehle bei wichtigen internen Debatten.

Andere Christdemokraten sind verärgert über Reinhart. „Es geht hier nur um seine persönlichen Machtgelüste. Beim Bürger kommt nur an, dass die CDU streicot und sich nicht an Absprachen hält“, sagt

ein Mitglied des Landesvorstands. „Das hatten wir schon unter dem damaligen CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus und es hat uns in ein Loch gerissen, aus dem wir noch nicht herausgekommen sind.“

Auch Agrarminister Hauk hält den internen Clinch für kontraproduktiv. „Die CDU droht in der geliebte alte Rolle zu fallen, parteiinterne Machtspiele zu führen und so die eigene Position zu schwächen.“

Nachgefragt

„Ich erwarte von der Fraktion mehr als warme Worte“

STUTTGART - Die Tübinger Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz (Foto: Michael Boltenbacher) ist Bundeschefin der Frauen Union. Sie war im Team der CDU, das den Koalitionsvertrag mit den Grünen im Südwesten ausgehandelt hat. Katja Korf befragte sie.



Verantwortung entlassen. Mandatsträger sind stets auch Repräsentanten der Parteien, die sie zur Wahl aufgestellt haben. Koalitionsverträge sind ein Geben und Nehmen. Die CDU muss ein verlässlicher Partner sein. Für mich ist dies eine Frage von Koalitionsstreue. Ich erwarte von einer Regierungskoalition schon mehr als nur warme Worte in Richtung Partei und gut gemeinten Absichtserklärungen. Bis heute fehlt ein konkreter Vorschlag oder ein messbarer Beitrag, wie Baden-Württemberg endlich eine angemessene Repräsentanz von Frauen im Landtag erreichen will. Wo bleibt der sprichwörtliche Tüflergrüß? Andere Länder gehen uns voran. Baden-Württemberg kann mehr.

Württemberg nur drei CDU-Frauen nach Berlin geschafft.

Man kann Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Bei der Bundestagswahl 2017 hat die CDU alle Direktmandate im Land errungen, die Landesliste kam daher erst gar nicht zum Zuge. In der letzten Legislaturperiode allerdings zogen sechs von neun baden-württembergischen CDU-Frauen über die Liste in den Bundestag. Bei Landtagswahlen spielte in der Vergangenheit die Zweitauszählung für die CDU keine besondere Rolle. Das hat sich 2016 aber geändert: Die CDU hat lediglich 22 von 70 Direktmandaten errungen und 20 CDU-Abgeordnete erhielten ihren Sitz über die Zweitauszählung. Eine Landesliste ist kein Allheilmittel, aber sie bietet den Mitgliedern der Parteien bei der Aufstellung ihrer Bewerberinnen und Bewerber deutlich mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten. Für die CDU bedeutet dies: Mehr Chancen auch für Kandidaten aus Groß- und Universitätsstädten und mehr Frauen, jüngere oder Menschen mit Migrationsgeschichte in den Landtag zu entsenden.

Was halten Sie von dem Argument, ein Listenwahlrecht würde bei der CDU nicht zu einem höheren Frauenanteil im Parlament führen? Bei Bundestagswahlen gibt es ein Zweitstimmen-Wahlrecht, doch es haben aus Baden-

Wie bewerten Sie das Verhalten der Fraktion?

Ich bin schon enttäuscht, dass sich die CDU-Landtagsfraktion hier einfach verweigert. 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts reicht es nicht mehr aus, nur Nein zu sagen. Baden-Württemberg steht seit Jahrzehnten bundesweit am Ende der Tabelle, was die Repräsentanz von Frauen und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen im Parlament angeht. Hier wird einmal mehr eine historische Chance verpasst.

Was erwarten Sie jetzt? Wir können die CDU-Landtagsfraktion nicht so einfach aus ihrer

Klimawandel-Skeptiker leitet bald Umweltausschuss

AfD-Landtagsabgeordneter Grimmer lässt sich zum Vorsitzenden wählen – Mitglieder anderer Fraktionen hadern

Von Kara Ballarín

STUTTGART - Der AfD-Abgeordnete Bernd Grimmer soll an diesem Donnerstag zum Vorsitzenden des Umweltausschusses im Stuttgarter Landtag gewählt werden. Mitglieder der anderen Fraktionen haben ein Problem damit, Grimmer auf diesen Posten zu heben – ausgerechnet ein Leugner des von Menschen gemachten Klimawandels.

„Wir haben eine Befragung vorgenommen“, sagt Paul Nemeth. Er ist Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt der CDU-Fraktion und Mitglied im Umweltausschuss. Dort habe er Grimmer noch nicht wahrgenommen – auch deshalb die Befragung. „Wir kennen ihn nicht, er ist nicht präsent.“ Nemeths Gegenpart auf grüner Seite ist Bettina Lisbach. Auch sie sagt: „Wir wollen hier Grimmer ein paar Fragen stellen.“ Gewöhnlich ist ein solches Vorgehen nicht.

Egal, was Grimmer sagt – am Ende wird er wohl den Vorsitz übernehmen können. Denn: „Wir müssen anerkennen, dass der AfD ein Vorsitz zusteht“, sagt Nemeth. „Das ist auch einlagbar.“ Was also tun? Im Landtag kursiert bei dieser Frage die Geschichte der Republikaner (REP). Als sie in den 1990er-Jahren in den baden-württembergischen Landtag einzogen, standen ihnen Ausschussvorsitze zu. Bei den Wahlen enthielten sich alle außer die REP-Abgeordneten. Das Vorgehen könnte bei Grimms Wahl als Vorbild dienen.

Das Problem, das die anderen Ausschussmitglieder umtrübt, erklärt Paul Nemeth: „80 Prozent unserer Ausschussarbeit hängt mit dem vom Menschen gemachten Klimawandel zusammen.“ Genau den Leugner die AfD. „Das ist so, als wenn ein Vegetarier eine Fleischfabrik erbt.“ Grimmer, der bei der Landtagswahl 2016 per Direktmandat aus

Pforzheim in den Landtag einzog, bezeichnet den Klimawandel als „nicht bewiesen“. Studien dazu seien sehr selektiv. „Wir stehen am Ende einer Kaltzeit, Schwankungen gab es schon immer“, sagt Grimmer, der früher auch mal den Grünen angehörte.

Erleichtert äußert sich Nemeth darüber, dass Grimmer nicht die geplanten Informationsreise nach Skan-



Bernd Grimmer (AfD) soll den Vorsitz im Umweltausschuss übernehmen. FOTO: DPA

dinavien Anfang Mai begleitet. Delegationsleiter wird sein Stellvertreter sein, der Ravensburger CDU-Abgeordnete August Schuler. Nemeth äußert sich erleichtert darüber, denn Grimmer könne weite Teile des Landtags nicht vertreten.

Ein Jahr lang haben SPD und AfD die Vorsitz in den Landtagsausschüssen gerungen. Die SPD hatte drei, die AfD lediglich einen besetzt. Wegen ihrer Stärke stehen aber beiden Fraktionen je zwei Vorsitze zu.

Eigentlich stünde der AfD als größter Oppositionsfraktion traditionell der Vorsitz des mächtigen Finanzausschusses zu. Den wollte die SPD aber nicht abgeben und bot dem Umweltausschuss an. Ein Kompromiss, mit dem zwar die AfD leben konnte, nicht aber die SPD-Abgeordnete Gabi Rolland. Sie sah bislang dem Ausschuss vor und warfe sich vehement – inklusive Attacken gegen die männliche Fraktionspitze.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1845
Früher: Freie Presse - Freiwirtschaftliche Anstalt
Biberach, Eningen, Ellmingen, Friedelsloh, Lachingen,
Leuzkirch, Ludmühl, Lindau, Markdorf, Metzingen, Pfullendorf,
Reutlingen, Riedlingen, Bad Säckingen, Schwanau, Sigmaringen,
Tübingen, Ulm, Weingarten, Württemberg, Württemberg.

Redaktion
Chefredakteur: Hans-Joachim Grottel (verantwortlich)
Chefredakteur: Frank Grottel (verantwortlich)

Verlag
Schwäbische Zeitung (Print) GmbH, Postfach 10 01 10
70372 Stuttgart, Tel. 07141 29 555-555
Telefax 07141 29 555-555
E-Mail: redaktion@schwaebischezeitung.de